



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/39 - 16.2.1953

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-99  
Fernschreiber 039890

Frankreichs EVG-Wünsche	S. 1
Der Fall Raoul Wallenberg	S. 3
Staatsstreich durch Wahlgesetz	S. 5

## Und Bonn schweigt I

n. Fast eine Woche ist vergangen, seitdem Frankreich seine Forderungen zur Abänderung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft den beteiligten Ländern schriftlich überreichte, und noch immer hat sich die Bundesregierung nicht dazu geäußert. Was diplomatisch als "Prüfung der Dokumente" umschrieben wird, ist in Wahrheit eine Fassungslosigkeit der Verantwortlichen, wie sie sich von Zeit zu Zeit einzustellen pflegt. Anstatt aber entschlossen auszusprechen, was ist, hüllt sich die Koblenzer Straße in Schweigen.

Die französischen Zusatzprotokolle sind der Todesstoß für die Europa-Armee. Das weiß man im Palais Schaumburg und in der Erneickelkaserne. Aber die Bundesregierung wird es nicht zugeben. Ihre Außenpolitik besteht darin, nur an das zu glauben, was man sich wünscht. Die unvermeidliche Folge ist, daß die berechtigten deutschen Interessen gegenüber den von anderer Seite geschaffenen Tatsachen ins Hintertreffen geraten. Der klassische Beweis ist die Saarfrage, neben vielen anderen.

Das letzte Glied in dieser Kette sind die Zusatzprotokolle. Obgleich seit der Investitur-Rede René Meyers klar war, was Frankreich will, blieb die Bundesregierung dabei, es könne sich nur um "Interpretationen" des Vertrages handeln. Tatsache ist, daß die Kernbestimmungen des Vertrages über die militärische Integration teils zugunsten Frankreichs, teils zugunsten aller Partner mit Ausnahme der Bundesrepublik außer Kraft gesetzt werden sollen. Frankreich will sich die Einheit der nationalen Armee erhalten, vom NATO-Oberbefehlshaber und dem Verteidigungskommissariat unabhängig werden und in die supranationale Ehe als einem symbolischen Akt nur einige Einheiten einbringen, deren Umfang und Qualität es selbst bestimmt. Den Vorwand für diese Forderung nach voller Verfügungsgewalt über die eigenen Truppen muß der Krieg in Indochina liefern. Praktisch bedeutet das aber den Bruch des dem EVG-Vertrag zugrunde liegenden Prinzips, daß die Sicherheit aller Partner durch die Unterstellung sämtlicher Einheiten unter das Kommissariat gewährleistet werden soll.

Wenn die französische Regierung bestimmen kann, ob und

wieviel Militär-Personal dem EWG-Kontingent zugeteilt wird, wenn sie unabhängig von jeder Instanz die zugeteilten Einheiten abziehen und die einzelnen Offiziere und Mannschaften austauschen kann, wenn sie sich der gemeinsamen Rüstungskontrolle entzieht, aber ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Beitrag ein Stimmgewicht wie Deutschland und Italien behalten will und schließlich anstrebt, daß die in der Bundesrepublik stationierten Truppen Besatzungstruppen bleiben, dann darf man wohl dieses ganze zweifelhafte Experiment als gescheitert betrachten. Von diesen pseudo-europäischen Blütenesskizzen sind nur Wunsch und Wille übrig geblieben, die Bundesrepublik an die Kordare einer supranationalen Kontrolle zu legen. Man ist nach Jahren wieder beim Plevelan-Plan angelangt. So konsequent ist die französische Außenpolitik, auch wenn der Außenminister nicht mehr Robert Schuman heißt.

Nun hat Fr. Adenauer, das soll nicht verkannt werden, eine diplomatische Geheimwaffe, die amerikanische Außenpolitik. Man erinnert sich jener dramatischen Situation in der Saarfrage, als Prof. Hallstein den Oberkommissar McCloy in den bayerischen Bergen aufsuchen mußte. Es hat damals nichts genutzt. Auch am vergangenen Samstag war Hallstein beim amerikanischen Oberkommissar, um dessen Hilfe anzurufen. Man hat sich ausgerechnet, daß die Vereinigten Staaten gegen die französischen Forderungen sein müßten, weil doch dem von ihnen gestellten atlantischen Oberbefehlshaber ein schönes Stück militärischer Macht verloren gehen würde. Aber, so mächtig wir fragen, kam nicht Außenminister Dulles frisch informiert aus Paris? Tamals müssen Mayer und Bidault schon gewußt haben, was den anderen Regierungen wenig später schriftlich zugehen sollte. Und Dulles hat in Bonn mit Adenauer nicht nur Trinksprüche in Superlativen gewechselt, sondern auch über Paris gesprochen. Was mag Herr Dulles zu diesem Punkt dem unverdrossenen Bundeskanzler gesagt haben? Hat auch der amerikanische Außenminister gemeint, es handele sich nur um die Auslegung des Vertrages oder hat er seinem deutschen Kollegen angeraten, die französische Pille zu schlucken?

Alle diese Fragen müssen im Bundestag geklärt werden. Kein Zweifel, daß die deutsche Volksvertretung nicht in die dritte Lesung der Ratifikationsgesetze eintreten kann, ohne daß die Entscheidung über die Zusatzprotokolle gefallen ist. Das abgenutzte Argument Adenauers, der Vertrag könne nur als Ganzes angenommen oder abgelehnt werden und neue Verhandlungen seien nicht möglich, ist durch den französischen Schritt hinfällig geworden. Man wird verhandeln, und bevor die Ergebnisse nicht vorliegen, kann die endgültige parlamentarische Entscheidung nicht fallen - von der Klärung der Voraussetzungen für eine Ratifikation ganz abgesehen.

+ + +

Wyschinskis heimlicher GefangenerVon Karl Kern, Malmö

Am 21. August 1947 beantwortete Außenminister Wyschinski eine schwedische Note höchst offiziell. In seiner Antwort hieß es u.a.: Eine genaue Untersuchung mit dem Ziele, festzustellen, wo sich Raoul Wallenberg aufhält, hat das Ergebnis gehabt, daß er sich nicht in der Sowjetunion befindet und daß er uns nicht bekannt ist".

Raoul Wallenberg ist jener junge Diplomat, den die schwedische Regierung im Januar 1944 mit der besonderen Aufgabe nach Budapest geschickt hatte, sich der von der Vernichtung durch die ungarischen Pfeilkreuzler und nazistischen Behörden bedrohten Juden anzunehmen. Wallenberg, damals 32 Jahre alt, unterzog sich dieser Aufgabe mit jugendlichem Eifer und ganz undiplomatischer Tatkraft. Er war rücksichtslos in seinem Auftreten gegen die rücksichtslosen Verfolger der Juden. Eine große Zahl todesmutiger Helfer erleichterte seine Tätigkeit. Durch sie wurden viele tausende Juden gerettet, und um den Namen dieses schwedischen Helden der Menschlichkeit spannen sich bald und spinnen sich noch heute Legenden.

Wallenberg blieb bei seinen Schützlingen

Wallenberg war während der Kämpfe um Budapest in der Stadt geblieben, obwohl die meisten der ausländischen Diplomaten sichere Plätze schon längst aufgesucht hatten. Er, auf den von den Pfeilkreuzlern in "geordneterer" Zeit einige wenn auch erfolglose Attentate unternommen worden waren, wollte bei seinen Schützlingen bleiben. Man weiß heute aus der Schilderung von Leidensgenossen, die ihm später begegneten, daß einer der Beweggründe für sein Bleiben auch aus der Meinung erwachsen sein dürfte, er werde während der russischen Besetzung weiterhin wichtige Aufgaben der Menschlichkeit zu erfüllen haben. Humanitäre Tätigkeit unter russischer Herrschaft? Wir wissen heute, wie grotesk der bloße Gedanke an eine solche Möglichkeit ist.

Abgeholt von Rotarmisten

Erst als die Bombenangriffe auf die ungarische Hauptstadt den weiteren Aufenthalt in ihr unmöglich gemacht hatten, verlegte Wallenberg seinen Standort in ein kleines Dorf, das bald in den russischen Herrschaftsbereich kommen mußte. An einem Januartag des Jahres 1945 erschien vor der Wohnung Wallenbergs eine Abteilung russischer Soldaten unter dem Befehl eines Offiziers. Sie hatten den Auftrag, dem schwedischen Diplomaten schützendes Geleit zum russischen Befehlshaber zu geben. Wallenberg, der nichts anderes erwarten konnte, als daß er für seine Arbeit von den "Befreier", den Feinden der besiegten Nazis, geehrt werden würde, nahm von einigen Bekannten fröhlich Abschied. Seither ist er verschollen. Und die oben zitierte Antwort der Sowjetregierung wurde noch auf Betreiben der Madame Kollontay abgegeben, die sich des Falles Wallenberg besonders angenommen hatte. Die Sowjetrussen und ihre Propagandisten ließen durchblicken, Wallenberg sei von verkleideten Pfeilkreuzlern entführt und getötet worden. Aber das Gerücht, Wallenberg sei in der Sowjetunion gefangen, wollte nie verstummen.

Wyschinskis Behauptungen widerlegt

Im vorigen Jahre kam der italienische Diplomat Dr. Claudio de Mohr nach achtjähriger Haft in sowjetrussischen Gefängnissen nach Hause. Er war, zusammen mit 60 anderen Diplomaten, gegen alle völkerrechtlichen Bestimmungen 1945 in Sofia verhaftet und in die Sowjetunion gebracht worden. Schon unmittelbar nach seiner Rückkehr in die Heimat - er arbeitet wieder im italienischen Außenministerium - hieß es, de Mohr könne bezeugen, daß sich Wallenberg in der Sowjetunion befinde. De Mohr zog es jedoch vor, zu schweigen. Er behauptet, wichtige Gründe hierfür gehabt zu haben. Diese Gründe seien nun nicht mehr vorhanden - und darum berichtete er nun in einer Artikelserie in der größten schwedischen Tageszeitung, "Dagens Nyheter", über seine Gefangenschaft und über den Verbleib Raoul Wallenbergs.

Nach diesem Bericht, der auch von einem freigegebenen Mitgefangenen, dem italienischen Diplomaten Giovanni Ronchi, unter Eid bestätigt wurde, befand sich Wallenberg vom 20. oder 21. April 1945 bis 1948, wahrscheinlich aber bis zum Beginn des Jahres 1949 in Moskaus widerlichstem Gefängnis, nämlich in Lefortovskaja. Dort war er lange de Mohrs Zellennachbar. De Mohr befand sich in der Zelle 152, Wallenberg zusammen mit dem deutschen Legationssekretär Rödel (auch dieser ist bis heute verschollen), in der Zelle 151. Man verkehrte durch Klopfsignale miteinander, bis der direkte Kontakt durch den ständig vorgenommenen Zellenwechsel gestört wurde. Anfang 1948 mußte de Mohr seine Zelle wechseln und von dieser Zeit an fehlt auch ihm jede Nachricht über Wallenberg. Er hat jedoch Ursache anzunehmen, Wallenberg habe sich auch noch 1949 in Lefortovskaja befunden.

Erfolglose schwedische Anfragen

Nun bedenke man, daß de Mohr italienischer Diplomat und nach der Versicherung von "Dagens Nyheter" ein glaubwürdiger Mann ist. Er hat seine Aussagen unter Eid getan und sein Kollege hat sie unter Eid bestätigt. Und man bedenke auch, daß Wallenberg selbst Diplomat gewesen ist und als solcher im Auftrag eines neutralen Landes eine Hilfsaktion für vom Nazismus verfolgte Menschen geleitet hat. Und man vergesse nicht, daß die schwedische Regierung wiederholte Anfragen nach dem Verbleib Wallenbergs an Moskau richtete: immer mit demselben Ergebnis. Wallenberg sei unbekannt und man wisse von nichts.

Seit Wallenbergs Verschwinden haben sich, wie der Fall Linse und andere Entführungen beweisen, die Methoden der Sowjets zwar nicht verfeinert, aber die Unverfrorenheit, mit der sie diese Methoden anwenden, hat sich gesteigert. Raoul Wallenbergs Schicksal ist von besonderer symbolischer Bedeutung für die Grausamkeit, mit der man in der Sphäre der Sowjetdiktatur jedem Menschen begegnet - aus Gründen, die das Geheimnis der Büttel, der "Richter" oder Wyschinskis und seiner Kollegen bleiben.

+ + +

Staatsstreich durch Wahlgesetz

P.R. Die Frage des Wahlrechtes für den künftigen Bundestag ist das Kardinalproblem der deutschen Politik für die nächsten Jahre. Von seiner Lösung wird für absehbare Zukunft abhängen, in welcher Richtung die Entwicklung in Westdeutschland laufen soll. Alle anderen Fragen treten demgegenüber in den Hintergrund.

Nun hat in der vergangenen Woche das Bundeskabinett beschlossen, den eigenen Entwurf unverändert an den Bundestag gehen zu lassen -- trotz der Gegnerschaft des Bundesrates und der stürmischen Ablehnung, die dieser Entwurf nicht nur bei der Opposition, sondern darüber hinaus in Kreisen der Regierungshänger und in fast allen grossen Zeitungen gefunden hat. Die Regierung bestreitet die Zuständigkeit des Bundesrates; über die fast einhellige öffentliche Meinung gegen den Entwurf will sie mit gewohnter Gleichgültigkeit hinweggehen.

Selbst der Staatssekretär des zuständigen Innenministeriums hat zugeben müssen, der Regierungsentwurf gebe den Parteien zwar formalrechtlich gleiche, aber keine tatsächlich gleichen Chancen. Das ist die Umschreibung des Begriffs "Betrug am Wähler", von dem Ollenhauer in seinem letzten NWDR-Interview gesprochen hat. Hinzuzufügen ist, dass der Bundesrat seine Zustimmung e i n s t i m m i g für erforderlich gehalten hat. Bei den Regierungsparteien ist ausserdem die Haltung der FDP noch unklar, die zu etwa der Hälfte für das 49iger Gesetz eintritt. Selbst in der CDU-CSU gibt es Bedenken, nicht wegen des möglichen praktischen Erfolges dieses Wahlgesetzes für die eigene Partei, wohl aber weil man sagt, dass die Befürwortet eines solchen betrügerischen Wahlrechtes ihrem persönlichen Ansehen in der Wählerschaft schweren Schaden zufügen müssten.

Ohne jeden Zweifel strebt die Regierung hier mit einem durch und durch unsauberen und unlauteren Mittel eine Verlängerung ihrer Machtstellung für die nächsten, mindestens vier Jahre an, will sie die Opposition zu absoluter, parlamentarischer Wirkungslosigkeit verdammen, sie in eine Minderheit drängen, die mit ihrer Stärke im Volke selbst im schroffsten Gegensatz steht. Hier wird mit aller Brutalität ein kalter Staatsstreich vorbereitet. Ollenhauer hat von der letzten Konsequenz gesprochen, mit der die Auseinandersetzungen sowohl nach der Seite des materiellen Inhaltes des Gesetzes wie inbezug auf seine Verfassungsmässigkeit geführt werden würde, wenn die Regierung auf ihren Entwurf beharren sollte. Man weiss auch aus massgebenden Gewerkschaftskreisen, dass man dort nicht geneigt ist, zuzulassen, dass mit den Stimmen der Arbeitnehmer (und das geschähe bei der politischen Grundeinstellung der meisten von ihnen) Schindluder getrieben wird.

Es wäre von der Regierung sehr töricht, anzunehmen, ihre verfassungsmässig starke Stellung erlaubte ihr auch beliebige politische Übergriffe und die Missachtung elementarster demokratischer Spielregeln. Hier an diesem Punkt eines beabsichtigten Staatsstreiches mittels Stimmzettel wird sie auf den entschlossensten Widerstand der SPD und aller guten Demokraten stossen.